

Paul Watzlawick wurde u. a. durch sein Buch „Anleitung zum Unglücklichsein“ (1983) berühmt. Eine der wesentlichen Kommunikationsstrukturen dieser Anleitung besteht in der Aussage von Paradoxien, deren Fallstrick es ist, dass man ihnen nicht entgehen kann. Das ist das Wesen einer jeden Zwickmühle. Die Bedeutung einer solchen Kommunikation im Alltag wurde erstmals von Gregory Bateson (1956) analysiert und wurde unter dem Namen „Double bind theory“ vor allem in der Psychiatrie aufgegriffen, um zur Klärung von schizophrenen Strukturen beizutragen. Der Schizophrene muss – so wird bei dieser Theorie angenommen – in einer Welt leben, in der seine Kommunikationsformen und Verhaltensweisen in gewissem Sinn angebracht erscheinen. Ein bekanntes Beispiel einer Mutter-Sohn-Beziehung lautet:

„Schenken Sie ihrem Sohn Marvin zwei Sporthemden. Sobald er das erste Mal eines von beiden anzieht, fragen Sie ihn traurig: ‚Gefällt dir das andere nicht?‘“

In einer solchen Situation hat der Sohn keine Chance richtig zu reagieren, denn was immer er sagt, kann dadurch entwertet werden, dass der Willkür der Mutter gerade das gegenteilige Hemd mehr zusagt und sie dafür eine Begründung haben will, weshalb er es nicht angezogen habe.

Dort, wo solche paradoxen Doppelbindungen zum vorherrschenden Kommunikationsmittel werden, droht die Gefahr einer pathologischen bzw. krankmachenden Lebensform, in die man gedrängt wird, wenn man selber die Beziehungs- und Kommunikationsstrukturen nicht durchblickt.

Gestern (12.02.14) wurde die Meldung verbreitet, dass sich die Bundestagsabgeordneten innerhalb weniger Monate zum zweiten Mal eine Diätenerhöhung ungefragt verabreichen wollen. Um ca. 10% sollen die steuerpflichtigen Bezüge eines jeden Abgeordneten in zwei Abschnitten von je 415 Euro auf insgesamt 9083 Euro steigen. Das entspricht einem monatlichen Gehalt (inklusive Zulagen) eines Bundesrichters. Allerdings kommen bei den Bundestagsabgeordneten noch einmal Zulagen gesondert hinzu, von denen niemand in diesem Zusammenhang spricht (z.B. Freifahrten aller Verkehrsmittel, etc.).

Neben dieser Meldung verbreiteten die Medien aber noch eine andere: Die Abgeordneten wollen sich nicht mehr dem Vorwurf einer „Selbstbedienungsmentalität“ ausgesetzt sehen, weshalb sie zugleich beschließen wollen, dass sich die Diäten in Zukunft am allgemeinen Lohnwachstum (eben der Bundesrichter) automatisch ausrichten sollen. Über die letzte Meldung debattierten dann auch viele Bundestagsabgeordnete und gaben zahlreiche Statements darüber ab, wie froh sie doch seien, einen angemessenen Maßstab gefunden zu haben.

Allerdings ging bei dieser Kommunikationsstruktur, in der gleich zwei verschiedene Aussagen miteinander verwoben transportiert wurden, die erste und sicherlich auch empörende Lohnerhöhung zunehmend unter.

Hätte der Bundesinnenminister de Maizière nicht am gleichen Tag (11.02.14) in Bezug auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst von ca. 6.5 % ausgesagt, dass er diese Lohnforderung für „maßlos überzogen“ (T-online, ebd.) hielte, hätte die breite Öffentlichkeit wohl nie auf einen Blick erfahren können, wie absolut daneben die Selbsteinschätzungen der Verdienstansprüche der Bundestagsabgeordneten sind im Vergleich zu normalen Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst und deren Lohnzuwächse.

Nimmt man dann noch beispielsweise die Situation der Landesbeamten in Rheinland-Pfalz zum Vergleichspunkt, die von der rot-grünen Landesregierung für eine ganze Legislaturperiode auf eine

Erhöhung ihrer Bezüge von jährlich 1% festgeschrieben wurde, dann zeigt sich die „maßlos überzogene“ Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten – die Thomas de Maizière aber verschweigt - in einem etwas anderen Licht.

Die Argumentationsstruktur der Bundestagsabgeordneten entspricht nämlich bei genauerem Hinsehen der pathologischen Kommunikationsstruktur der „Double bind theory“ von G. Bateson.

Es werden zwei verschiedene Botschaften zugleich kommuniziert. Die erste – empörende – lautet, wir heben unsere Bezüge um ca. 10 % auf das Niveau von „Bundesrichtern“, weil wir, d.h. die Bundestagsabgeordneten selbst, das für „angemessen“ (Oppermann SPD) halten. Die zweite Botschaft lautet dann: Wir unterwerfen uns (zukünftiglich) der allgemeinen Bruttolohnsteigerung der deutschen Wirtschaft.

Dazu werden dann die folgenden Rechtfertigungen abgegeben:

„Unions-Fraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer (CDU) sprach von einer "sinnvollen Reform". Abgeordnete müssten ihre Bezahlung schließlich selbst festsetzen. Mit der Anbindung der Entschädigung an die Lohnentwicklung solle der Eindruck ausgeschlossen werden, sie hätten eine Selbstbedienmentalität. Verdeutlicht werde: "Wir wollen nicht besser und nicht schlechter gestellt werden als die Beschäftigten auch außerhalb des Parlamentes."“ (Die Welt, 11.02.14)

Was wiederum verschwiegen wird, ist, dass hier letztendlich eine Lohnsteigerung von über 444 % gegenüber normalen Arbeitnehmern (vgl. Die Welt, ebd.) von den Abgeordneten, „die schließlich ihre Bezüge selbst versetzen müssen“ (Grosse-Böhmner, ebd.), vorgenommen wird – ohne auch nur einen Anflug von einem schlechtem Gewissen zu erkennen.

Ein Durchschnittsbürger, der sich über diese Selbstbedienung nun empört, weil sie de facto auch unverhältnismäßig gegenüber dem Vergleich zu anderen EU-Parlamentariern (EU-Durchschnitt 5766 €) ist, kann überhaupt nichts Richtiges aussagen, denn wenn er die lediglich erste Aussage kritisiert, wird ihm „Neid“ vorgeworfen oder eine Verzerrung der Tatsachen, weil die Abgeordneten sich schließlich „zukünftiglich“ nicht mehr selbst bedienen wollen, was hier verschwiegen würde.

Ebenso verhält es sich mit der Bewertung der zweiten Aussage. Welcher Durchschnittsbürger wollte denn dagegen polemisieren, dass die Abgeordneten nun „endlich“ (sic!) zur Vernunft gekommen sind und ihre Diäten nicht mehr selbst festlegen dürfen sollen? - Keiner!

Doch diese richtige Einschätzung wird nun auch auf die erste Aussage projiziert, die dadurch aber nicht richtiger wird, dass sie darüber hinwegtäuscht, dass sich die Abgeordneten wieder einmal mehr - stark überhöht - selbst bedient haben, was dem deutschen Steuerzahler teurer zu stehen kommt.

Die Double-bind-Zwickmühle wird hier also transparent, denn wie immer man sich entscheiden mag, man kann es aufgrund der beiden total verschiedenen Aussagen, die von den Abgeordneten in diesem Zusammenhang kommuniziert werden, nicht recht machen, ohne selbst in eine schizophrene Situation zu gelangen, in der „man“ akzeptieren können soll, was ohne jede Rechtfertigung schlicht und einfach inakzeptabel ist. Die Höhe der Diäten und damit der Vergleichsmaßstab selbst sind einer Bürger-Demokratie völlig abträglich, weil es sich nicht mehr lohnt, eher „ein Bürger“ in diesem Lande zu sein, als „ein Abgeordneter“, der sich aufgrund seiner repräsentativen Funktion für die Bürgerbelange stark machen sollte – und nicht für seinen eigenen, pathologischen Geldfetischismus.